

Signatur: 2025.SR.0324
Geschäftstyp: Postulat
Erstunterzeichnende: Béatrice Wertli (Mitte), Nicolas Lutz (Mitte), Simone Richner (FDP), Janosch Weyermann (SVP)
Mitunterzeichnende: Laura Curau, Andreas Egli, Alexander Feuz, Ursula Stöckli, Corina Liebi, Nik Eugster, Oliver Berger, Georg Häsler
Einreichtdatum: 16. Oktober 2025

Postulat: Unbürokratische Entschädigung für Gewerbetreibende bei Umsatzverlusten bei unbewilligten und gewalttätigen Demonstrationen

Prüfauftrag

Der Gemeinderat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten:

1. Wie ein unbürokratisches, rasches Entschädigungsverfahren für vom Umsatzverlust betroffene Gewerbetreibende bei unbewilligten oder gewalttätigen Demonstrationen oder bei solchen, die zur temporären Stilllegung der Innenstadt führen, ausgestaltet werden kann.
2. Wie dabei auch die Verursacher:innen — soweit identifizierbar — effektiv finanziell in die Pflicht genommen werden können (z.B. mittels Rückgriff, Kollektivhaftung, Sicherstellungen, Fonds).
3. Ob und wie ein städtischer Entschädigungsfonds aufgesetzt werden könnte, der aus kommunalen Mitteln, Solidaritätsbeiträgen von Demonstrationsveranstaltern, Rückgriffen auf Verursacher und allenfalls privaten Partnerschaften finanziert wird.
4. Welche rechtlichen Anpassungen auf städtischer Ebene erforderlich wären und inwieweit die Stadt im Rahmen ihrer Kompetenzen tätig werden kann, ohne auf kantonale Gesetzesänderungen angewiesen zu sein.
5. Wie die besonderen Verhältnisse der Stadt Bern zu berücksichtigen sind, die als Bundeshauptstadt und politisches Zentrum der Schweiz überdurchschnittlich viele Demonstrationen erlebt (2022: 363 Demonstrationen, schweizweite Spitzenposition vor Zürich mit 318 und Basel mit 286).
6. Welche Erfahrungen andere Städte und Kantone gemacht haben, insbesondere die Entwicklungen im Kanton Genf bezüglich unbürokratischer Schadenersatzverfahren.

Begründung

Die Stadt Bern verzeichnet schweizweit die höchste Demonstrationsdichte mit über 360 Kundgebungen jährlich seit 2019. Allein 2021 entstanden dadurch zusätzliche Polizeikosten von sieben Millionen Franken. Das lokale Gewerbe leidet unter erheblichen Umsatzausfällen, Sachschäden und Betriebsstörungen, ohne dass adäquate Entschädigungsmechanismen existieren.

Die bestehenden rechtlichen Instrumente nach bernischem Polizeigesetz erweisen sich als unzureichend und zu bürokratisch. Die Kostenüberwältigungsgrenze von 30'000 Franken pro Person steht in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Schäden, und die Verfahren sind langwierig und komplex. Die jüngsten Ereignisse, insbesondere die unbewilligte gewalttätige Palästina-Demonstration vom 12. Oktober 2024 mit erheblichen Sachschäden und 18 verletzten Polizisten, unterstreichen die Dringlichkeit rascher, unbürokratischer Hilfe für betroffene Gewerbetreibende. Ein funktionierendes Entschädigungssystem würde nicht nur die direkten Schäden abfedern, sondern auch das Vertrauen in die Rechtmässigkeit des demokratischen Protests stärken.